

Während dreier Legislaturperioden – von 1992 bis 2002 – wurde vom Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission „Demographischer Wandel“ eingerichtet. Diese aus Parlamentariern und Wissenschaftlern bestehende Kommission hat sich in ihrem Schlussbericht überwiegend mit den Problemen der älteren Generationen beschäftigt. Die Folgen der Zuwanderung kamen in bescheidenem Maß zur Sprache, der Schwund der nachwachsenden Generationen überhaupt nicht; ein Beispiel parteienübergreifender politischer Einäugigkeit.

Freilich hat sich mittlerweile die mediale und politische Aufmerksamkeit dem absehbaren Bevölkerungsrückgang und in diesem Zusammenhang auch der Familienpolitik zugewandt. In der großen Koalition ist ihr Stellenwert so groß wie nie. Seit den Zeiten Adenauers lähmte ein Konflikt der Familienleitbilder zwischen der von der CDU/CSU favorisierten Hausfrauenehe und der von der SPD favorisierten egalitären Doppelverdienerehe die familienpolitischen Initiativen. Derzeit scheint erstmals eine Synthese von bevölkerungspolitischen, arbeitsmarktpolitischen und geschlechterpolitischen Zielen – vertreten durch eine selbstbewusste CDU-Familienministerin – den Konflikt zu neutralisieren.

Allerdings steht auch dieses Konzept auf einem schwachen Fundament. Es wird nicht recht deutlich, warum die Politik mehr für Eltern und Kinder tun sollte. Der Begriff „Familie“ ist zwar immer noch emotional aufgeladen, aber inhaltlich schwammig geworden. Warum sollte die Politik „Familie“ nicht als Privatangelegenheit den Familien selbst überlassen? Worin besteht das öffentliche Interesse an einer Familienförderung?

Die Unbestimmtheit der familienpolitischen Diskurse kommt nicht von ungefähr. Denn das öffentliche Interesse an Familien ist ein völlig anderes als das Interesse der Familien an sich selbst. Niemand liebt für den Staat oder bekommt Kinder der Rente wegen. Zwar besteht kein notwendiger Widerspruch zwischen den Interessen der Eltern und denjenigen des Staates, denn beiden ist in der Regel an gesunden, gut qualifizierten und erfolgreichen Kindern gelegen. Aber potentielle Eltern und politische Gemeinwesen haben auch zahlreiche andere Interessen, die mit dem Interesse an Kindern in Konkurrenz treten. Für das Gemeinwesen liegt das Problem in erster Linie nicht bei den Eltern, sondern bei denjenigen jungen Erwachsenen, die in wachsender Zahl auf Kinder verzichten.

Um Familienpolitik zu begründen, konnte man bis vor wenigen Jahren noch mit dem Unterschied zwischen ausgeprägten Kinderwünschen und niedrigerer tatsächlicher Kinderzahl argumentieren. Mittlerweile hat sich gezeigt, dass selbst der durchschnittliche Kinderwunsch zurückgeht, vor allem unter den Männern. Für einen wachsenden Anteil der 20- bis 50-Jährigen scheint die Gründung einer Familie nicht mehr mit ihren sonstigen Lebensplänen vereinbar. Etwa ab dem Geburtsjahrgang 1950 polarisiert sich die Bevölkerung zunehmend in Eltern mit überwiegend zwei oder mehr Kindern und in Kinderlose. Vom Geburtsjahrgang 1965 an geht voraussichtlich etwa jede dritte Frau ohne eigene Kinder ins Alter.

Daher ist es verständlich, dass die gegenwärtige Familienpolitik sich vor allem darum bemüht, die Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbstätigkeit zu verbessern. Auch die Männer werden stärker einbezogen. Im Unterschied zu Skandinavien mit seiner seit langem egalitären Geschlechtertradition wird in Deutschland die Verantwortung für die Kleinkinder immer noch vorwiegend den Müttern zugeschrieben; die öffentliche Beschimpfung von erwerbstätigen Müttern als „Rabemütter“ oder „Gebärmaschinen“ spricht ebenso Bände wie der umgekehrt ebenso beleidigende Begriff einer „Herdpflege“ für Mütter, die auf die Angebote kollektiver Kinderversorgung im Kleinkindalter verzichten und ihre Kinder selbst pflegen und erziehen wollen.

Neu an der aktuellen Familienpolitik sind nicht nur die Programme, sondern vor allem deren implizite Begründung. Es geht inzwischen nicht mehr nur darum, Eltern und solchen, die es werden wollen, das Kinderhaben zu erleichtern. Immer deutlicher tritt das öffentliche Interesse an Müttern als gegenwärtigen und Kindern als zukünftigen Arbeitskräften hervor. Familienpolitik ist also auch wirtschafts- und mittelbar auch sozialpolitisch motiviert: Die Sozialsysteme sollen durch die demographische Entwicklung nicht aus dem Gleichgewicht geraten.

Das öffentliche Interesse an Kindern wird allerdings nur unzureichend begründet. Die vorherrschende Begründung bezieht sich auf den „demographischen Wandel“ und insbesondere auf den verstärkten Geburtenrückgang, der aus dem Einrückern der geburtenschwachen Jahrgänge ins Alter der Fortpflanzung folgt. Diese bevölkerungspolitische Argumentation ist nicht nur durch historische Erinnerungen vergiftet; sie trifft auch die tatsächlichen Probleme nicht präzise genug.

Anders als der absolutistische Staat ist ein demokratisches Gemeinwesen nicht mehr an der schieren Größe seiner Bevölkerung als Machtfaktor interessiert. Ihm kommt es in erster Linie darauf an, wirtschaftliche und soziale Gleichgewichte aufrechtzuerhalten. Maßgeblich ist daher

Weil der Nachwuchs spärlicher und die gesunde Lebensspanne länger wird, müssen die Fähigkeiten der erwerbsfähigen Bevölkerung genutzt und erhalten werden. So ist es möglich, den Mangel an gut ausgebildeten Nachwuchskräften durch Weiterbildung der Erwerbstätigen zum Teil auszugleichen. Nur durch lebenslanges Lernen können die Bürger den sich ständig wandelnden Anforderungen gerecht werden, mit denen sie im Arbeits- wie im Privatleben konfrontiert werden.

Indes ist in den politischen Diskussionen in Deutschland von diesen Zusammenhängen bislang kaum die Rede. Nachwuchssicherung und die Förderung lebenslangen Lernens sind keine akzeptierten politischen Ziele. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es hierzu an brauch-

Nur wenn sich Aktivitäten in Geldgrößen niederschlagen, etwa im Lohn für geleistete Arbeit oder im Geldwert für gekaufte Konsumgüter, werden sie laufend erfasst und in den herkömmlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Aggregaten der wirtschaftlichen Leistung zusammengefasst.

Dementsprechend werden Bildungsleistungen im Rechenwerk nur ausgewiesen, soweit sie mittels bezahlter Erwerbsarbeit erbracht werden. Der weitgespannte Bereich von unbezahlten privaten Haushalts-tätigkeiten bleibt aber ausgeschlossen. Dazu gehören auch die Betreuung und Erziehung der Kinder durch ihre Eltern beziehungsweise durch andere Familienangehörige wie die Großeltern. Eine für die Zukunft der Gesellschaft zentrale Aufga-

Indes bemängeln Fachleute schon seit Jahrzehnten, dass sich die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nur auf diejenigen wirtschaftlichen Aktivitäten konzentrieren, die mit Geld bezahlt werden. Arbeits-, Güter- und Geldmärkte stehen im Licht von Öffentlichkeit und Politik, während unbezahlte Tätigkeiten ebenso wie physische Ströme ohne Geldwert (etwa Klimabelastungen) ein Schattendasein fristen. Als Ergebnis dieser Diskussion wurden seit den achtziger Jahren sogenannte Satellitensysteme zu den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen entwickelt, in Deutschland etwa für die Beschreibung der privaten Haushaltstätigkeiten. Dazu wurde in einem Abstand von zehn Jahren zweimal das gesamte Spektrum der Tätigkeiten im Tagesablauf einer

schied zu vielen gesellschaftlich wichtigen Kennzahlen sich nicht in die ökonomische Sprache des Geldes übersetzen lässt.

Mit Hilfe des Konzepts Humanvermögen können die Bereiche der bezahlten und der unbezahlten Arbeit miteinander verbunden werden. Erst im Zusammenspiel beider Arbeitsformen kann Humanvermögen entstehen. Ein Vergleich mit der Größe des Sachvermögens einer Wirtschaft könnte die große Bedeutung dieses Aggregats für die gegenwärtige gesellschaftliche Produktion verdeutlichen.

In die Betrachtung möglicher Entwicklungspfade der Gesellschaft müssen natürlich auch die längerfristigen Auswirkungen des demographischen Wandels eingehen. In komplexen ökonomischen Modellen könnten die Wechselwirkungen zwischen Bevölkerungsentwicklung, Humanvermögen und sozioökonomischem Wandel analysiert werden. Dabei würde sich zeigen, dass der Schwund des Humanvermögens nicht ganz so gravierend ausfällt wie der Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter, weil die nachwachsenden Generationen im Durchschnitt besser qualifiziert sind als die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden. Ferner ließe sich auch abschätzen, was von der Verlängerung der Erwerbsphase und der Einführung eines quartären Bildungssystems des lebenslangen Lernens für die Bewältigung der Zukunft zu erwarten ist.

Von derartigen Berechnungen sind wir heutzutage allerdings weit entfernt. Die Angebote des Statistischen Bundesamtes, umfassende sozioökonomischen Gesamtrechnungen zu erstellen, wurden in der Vergangenheit von den zuständigen Bundesministerien nicht aufgegriffen. Während noch Anfang der neunziger Jahre im damaligen Koalitionsvertrag der Bundesregierung die Erstellung einer umweltökonomischen Gesamtrechnung beschlossen und das Vorhaben in den Folgejahren durch Haushaltsmittel des Bundes unterstützt wurde, fehlte es an entsprechender politischer Unterstützung in den letzten Legislaturperioden und auch gegenwärtig seitens der großen Koalition.

Stiefkind Humanvermögen

Von Professor Dr. Franz-Xaver Kaufmann und Professor Dr. Carsten Stahmer

Aus gesellschaftspolitischer Sicht kommt es nicht auf das Wachstum der Bevölkerung an, sondern auf die Entwicklung des kollektiven Humanvermögens. Deshalb ist es wichtiger, schon geborene Kinder zu fördern, als die Geburtenrate steigern zu wollen. Maßgeblich ist nicht die Zahl der Köpfe, sondern das, was in ihnen steckt.



nicht in erster Linie die Zahl der Köpfe, sondern das, was in ihnen steckt. Anzustreben ist nicht irgendein demographischer Zielwert, sondern die Sicherung des Nachwuchses für die vielfältigen Aufgaben, die in einem komplexen Gemeinwesen anfallen. Es geht also nicht nur um den Nachwuchs für die Wirtschaft, also um das sogenannte Humankapital. In den Blick geraten muss ebenso der Nachwuchs an Eltern, an Bürgern, an Ehrenamtlichen und Konsumenten. Die Kommission für den Fünften Familienbericht der Bundesregierung hat hierfür die Bezeichnung Humanvermögen vorgeschlagen. Der Begriff steht für die Summe der für Dritte nützlichen Fähigkeiten, die in den Mitgliedern eines Gemeinwesens verkörpert sind.

Aus gesellschaftspolitischer Sicht kommt es zunächst nicht auf die Bevölkerungsentwicklung, sondern auf die Entwicklung des kollektiven Humanvermögens an. Deshalb erscheinen eine bessere Förderung der einmal geborenen Kinder und die Ausschöpfung ihrer Begabungsreserven auch politisch aussichtsreicher als die Steigerung der Geburtenrate.

Eine solche Politik zum Erhalt und zur Mehrung des Humanvermögens in Deutschland hat zwei Problemkreise zu berücksichtigen: Nachwuchssicherung und lebenslanges Lernen. Nachwuchssicherung betrifft vor allem die Entwicklung der Fähigkeiten von Kindern und Jugendlichen. Die Förderung der nachwachsenden Generationen ist ein Thema, das Politikfelder der Familien- über die Bildungs- bis zur Einwanderungspolitik übergreift, auf den Arbeitsmarkt ausstrahlt und Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen betrifft. Eine prägnante Problem- oder Zielformel ähnlich den Begriffen Vollbeschäftigung, innere Sicherheit oder Geldwertstabilität ist bis jetzt noch nicht akzeptiert.

baren Veranschaulichungen mangelt, insbesondere an verlässlichen statistischen Daten.

Dabei geht von statistischen Zahlenwerken für das politische Handeln eine ähnliche Präzedenzwirkung aus wie vom Recht. Beginnend mit Volkszählungen und Steuerlisten, haben Regierende seit Jahrhunderten versucht, sich ein Bild von der militärischen und wirtschaftlichen Kraft ihrer Untertanen zu verschaffen. Heute bilden die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen das wichtigste statistische Instrument der Regierungskunst. Sie bündeln vielfältige statistische Erhebungen in einem standardisierten Rechenwerk, das auf international vereinbarten Konventionen beruht und daher auch für internationale Vergleiche herangezogen werden kann. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen vermitteln ein differenziertes Bild der wirtschaftlichen Zusammenhänge, soweit diese durch Zahlungsvorgänge quantitativ erfassbar sind. Sie bilden die Grundlage für Steuervoraussetzungen und mittelbar auch für die Finanzplanung.

Ein Blick in die Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes zu den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zeigt, dass Zahlenangaben über das Humanvermögen darin nicht zu finden sind. Immerhin liegen für Teilaspekte des Humanvermögens in Sonderveröffentlichungen des Amtes fruchtbarere Konzepte und für ausgewählte Jahre auch erste, sehr detaillierte Ergebnisse vor. Allerdings blieben diese Arbeiten in der Öffentlichkeit und von der Politik fast unbemerkt.

Vorherrschender Maßstab für die Wohlfahrt eines Landes sind immer noch statistische Angaben, die den unmittelbaren wirtschaftlichen Erfolg widerspiegeln.

be findet damit nur in dem Maße Berücksichtigung, als mit ihr Käufe von Verbrauchs- oder Gebrauchsgütern wie Kleider oder Computer für die Kinder verbunden sind. Unberücksichtigt bleiben auch die Lernaktivitäten der Schüler, die neben dem Einsatz der Lehrer eine wichtige Voraussetzung für den späteren Ausbildungsstand der jungen Menschen sind.

Unzureichend erfasst werden Erziehung und Ausbildung auch in der gesamtwirtschaftlichen Vermögensrechnung. Als Vermögensbestandteile werden neben dem Geldvermögen nur die Teile des Sachvermögens einbezogen, die in Erwerbsarbeit produziert wurden und anschließend in Verbindung mit bezahlter Arbeit eingesetzt werden. Dazu gehören Fabrik- und Verwaltungsgebäude ebenso wie Maschinen und Büromöbel. Gebrauchsgüter wie privat genutzte Kraftfahrzeuge oder Haushaltsgeräte, die für die Erstellung privater Haushaltsleistungen genutzt werden, werden dagegen als reine Konsumgüter behandelt. Sie werden nach den Konventionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – wie die erwähnten Bildungsleistungen – gekauft und im gleichen Zeitraum wieder konsumiert.

Da das Humanvermögen aber nicht nur auf bezahlten Leistungen beruht, sondern vor allem im Zusammenspiel von Lernenden und Lehrenden, von Eltern und Kindern entsteht, greifen die Konzepte der herkömmlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu kurz. Zwar wurde während einer der jüngsten Revisionen der internationalen Gesamtrechnungskonzepte auf Wunsch Frankreichs erwogen, zumindest die bezahlten Bildungsleistungen als Investitionen anzusehen und damit eine Möglichkeit zu schaffen, den Vermögensbestand an Ausbildungsleistungen zu berechnen. Doch fand dieses Konzept keine Mehrheit. Bildung bleibt Konsum.

repräsentativen Gruppe zeitlich erfasst. Soweit die Tätigkeiten auch gegen Entgelt von Dritten hätten bezogen werden können, wurden die Zeitgrößen zusätzlich monetär bewertet. Dies galt auch für die Kinderbetreuung. Erstmals konnten so Leistungen der Familie für den Nachwuchs dokumentiert und die Bildungsanstrengungen der Schüler zeitlich geschätzt werden. Allerdings wurden sie weiterhin als Konsum und nicht als Investitionen behandelt.

Ende der neunziger Jahre wurde erstmals ein Satellitensystem für Bildung erstellt. Dem Konzept des Humanvermögens entsprechend, wurden die Ausbildungsleistungen nicht mehr als unmittelbarer Konsum, sondern als Investitionen behandelt, die sich für die spätere Verwendung zunächst zu einem Ausbildungsvermögen anhäufen, das im anschließenden Nutzungszeitraum schrittweise abgeschrieben wird. Damit konnte erstmalig der Bildungsteil des Humanvermögens umfassend geschätzt werden.

Zum Humanvermögen gehören in der hier vertretenen Definition nicht nur die schulische Ausbildung, sondern auch die familiären Leistungen für die Aufbringung der Kinder. Einen ersten Ansatz zur Kopplung dieser beiden wichtigen Komponenten legte das Statistische Bundesamt im Jahr 2003 vor: In der Studie „Zeit für Kinder“, die im Auftrag des Arbeitskreises für Familienhilfe erstellt wurde, konnte erstmals die Veränderung des Humanvermögens umfassend geschätzt werden. Dabei war es ein besonderes Anliegen, nicht die übliche monetäre Bewertung, sondern Ausgangsdaten in Zeitgrößen in den Mittelpunkt zu stellen. Ausgangspunkt der Überlegungen war, dass der Kategorie „Zeit“ eine eigenständige Bedeutung für die gesellschaftliche Analyse zukommt, auch wenn sie im Unter-

Unter den heutigen komplexen Bedingungen ist eine einigermaßen sachgerechte Politik nicht möglich, ohne dass es eine institutionalisierte Infrastruktur des Wissens gibt. Es ist eine Frage des politischen Willens, von Statistik und Forschung nicht nur fallweise Ratsschläge einzuholen, sondern für langfristige Strategien umfassende Informationen zu erhalten. Die Furcht vor politisch unbequemen Befunden, sei es aus wahltaktischen oder tagespolitischen Gründen, ist kurzfristig. Auf Dauer nützt das Wissen allen, vor allem bei der Entwicklung längerfristiger Perspektiven. Deshalb sollten die Politik und die Statistik dem Druck von Finanzinstitutionen standhalten, die mehr und mehr versuchen, das volkswirtschaftliche Rechenwerk so auszugestalten, dass es vorrangig als Datenquelle für eine kurzfristig angelegte Politik genutzt werden kann. Die Erstellung von Satellitensystemen zu gesellschaftlich bedeuten- den Themen böte dem Statistischen Bundesamt die Chance, ein Gegengewicht zu schaffen.

Dies gilt auch für die Themen Nachwuchssicherung und Humanvermögen mit ihren familien- und bildungspolitischen Implikationen. Weil die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen die wichtigste Datenbasis für die Politik darstellen, können die demographischen Aspekte der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung erst dann angemessen berücksichtigt werden, wenn sich die Veränderungen des Humanvermögens in einem Satellitensystem in enger Verknüpfung mit dem Kernsystem des Gesamtrechnungswerkes nachweisen lassen. Dann aber würde der bevorstehende Rückgang des Humanvermögens als eine der größten Herausforderungen für Wirtschaft und Politik in Medien und Politik die erforderliche Aufmerksamkeit gewinnen. Das aber ist die Voraussetzung dafür, um der Nachwuchssicherung und dem lebenslangen Lernen den politischen Platz zu erobern, den sie im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft benötigen.

Franz-Xaver Kaufmann ist Emeritus für Sozialpolitik und Soziologie der Universität Bielefeld, Carsten Stahmer lehrt Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Universität Heidelberg.

Wolfgang Klähn, Allem Bewegen ist der Sinn die Mitte, 1958/1976/1977, Wasserfarben, 50 x 70 cm

Eines der besten Archive der Welt ...

... passt jetzt in die Hosentasche.

Wer im mobilen Einsatz hochwertige Informationen benötigt, kann jetzt per BlackBerry oder Smartphone* auf das F.A.Z.-Archiv mit rund 2 Millionen Artikeln und auf die Texte der aktuellen F.A.Z.-Ausgabe zugreifen.

Eine Anmeldung als Premiumkunde kostet 19,90 € im Jahr und enthält monatlich 5 Freitartikel. Die Nutzung des persönlichen Nachrichtendienstes F.A.Z.-Update ist ebenfalls inklusive.

Informieren Sie sich unter:
www.faz-archiv.de/mobile

Frankfurter Allgemeine Archiv

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das F.A.Z.-Archiv
www.faz-archiv.de/mobile

*Das verwendete Gerät muss in der Lage sein, Compact-HTML-Seiten abzurufen